

**Offizielle  
Arbeitslosigkeit im  
Juli 2018**

**2.324.746**

**Tatsächliche  
Arbeitslosigkeit im  
Juli 2018**

**3.234.871\***

**\* Nicht berücksichtigt wurden:**

Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II .....	167.854
Ein-Euro-Jobs .....	73.439
geförderte Arbeitsverhältnisse .....	6.938
fremd geförderte Arbeitsverhältnisse .....	229.299
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt .....	15.685
berufliche Weiterbildung .....	143.978
Aktivierung und berufliche Eingliederung .....	189.945
Beschäftigungszuschuss für schwer vermittelbare Arbeitslose .....	2.068
Krankheit (§146 SGB III) .....	80.919
<b>Nicht gezählte Arbeitslose gesamt .....</b>	<b>910.125</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht 7/2018

# Gute Arbeit ist das Gebot der Stunde

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 31. Juli 2018

**„Gute Arbeit ist noch immer zu wenig vorhanden. Millionen Beschäftigte beziehen Niedriglöhne, arbeiten unfreiwillig in Teilzeit, müssen mit Hartz IV aufstocken oder sind mehrfachbeschäftigt, um über die Runden zu kommen. Die Bundesregierung darf diese Fehlentwicklung nicht länger ignorieren. Der Mindestlohn muss auf 12 Euro erhöht werden, Leiharbeit verboten und sachgrundlose Befristungen dürfen nicht länger möglich sein. Die Bundesregierung muss dringend die Rahmenbedingungen für gute Arbeit schaffen, von der man leben kann“, erklärt Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, zum aktuellen Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit. Zimmermann weiter:**

„Über jeder dritte Erwerbslose ist langzeiterwerbslos. Langzeiterwerbslose finden nur selten einen neuen Job. Die Gründe, warum sie nicht mehr als arbeitslos gezählt werden, sind nur zu einem kleinen Teil auf eine neue Beschäftigung zurück zu führen. Der überwiegende Teil der Langzeiterwerbslosen wird aus der Statistik gestrichen aufgrund von Arbeitsunfähigkeit, Teilnahme an Maßnahmen,

Ausscheiden aus dem Erwerbsleben oder vorruhestandsähnlichen Regelungen. Eine Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik ist dringend notwendig. Es müssen ausreichend Gelder zur Unterstützung bereitgestellt werden. Anstatt sich über einen vermeintlichen Fachkräftemangel zu beklagen, sollten die Arbeitgeber stärker als bislang die Einstellung von langzeiterwerbslosen Menschen in Erwägung ziehen."